

Replik von Horst Teltschik

zur Humboldt-Rede zu Europa von Helmut Schmidt

8. November 2000

Meine Damen und Herren,

in einem Punkt ist sich Helmut Schmidt treu geblieben. Er hat bewiesen, dass er zu den wenigen Politikern in Deutschland gehört, die global und interdisziplinär denken. Dies ist in seinem Vortrag mehr als deutlich geworden. Es war ein informativer Vortrag, wie immer klar, präzise und verständlich.

In einem Punkt ist er sich nicht ganz treu geblieben. Seine kritischen Anmerkungen waren zu freundlich. Ich vermute, dass ich von ihm für die Moderation vorgeschlagen worden bin, weil er weiß, dass wir uns eigentlich kaum widersprechen. Als ich ins Bundeskanzleramt kam und die außenpolitische Abteilung übernahm, lud mich Helmut Schmidt nach wenigen Wochen in sein Büro im Bundestag ein zu einem langen, ausführlichen Gespräch ein, zu einem politischen "tour d'horizon". Wir sprachen über alle internationalen Akteure. Ich erfuhr damals, wen Helmut Schmidt schätzt und wen er weniger schätzte. Das war für mich sehr hilfreich.

Sie werden jetzt von mir keine Zusammenfassung seiner Ausführungen erwarten. Sie waren viel zu klar und verständlich. Ich möchte vielmehr ein paar Punkte anfügen.

Es wird immer wieder die Frage diskutiert, ob und in welchem Umfang einzelne Politiker geschichtliche Abläufe bestimmt haben. Ich glaube, dass der Prozess der Europäischen Einigung diese Frage sehr eindeutig beantworten kann. Viele heute Abend genannten Namen machen deutlich, dass nach dem Krieg wichtige Einzelpersönlichkeiten wie z.B. Jean Monnet, Robert Schumann, Winston Churchill Visionen hatten, wie das Nachkriegseuropa gestaltet werden sollte. Helmut Schmidt hat darauf hingewiesen, wie unter Adenauer und de Gaulle die deutsch-französische Zusammenarbeit intensiviert wurde. Dann war es wieder ein Paar, das Europa entscheidend geprägt hat, nämlich Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing. Denken Sie an die Gründung des europäischen Währungssystems, an die Direktwahl des Europäischen Parlaments oder die Institutionalisierung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs. Alles entscheidende Fortschritte, die auf die gemeinsame Initiative von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing zurückgingen. Denken Sie auch an Helmut Kohl und Präsident Mitterand. Einen dritten sollte man hinzufügen: Jacques Delors, den EU-Kommissionspräsidenten – gemeinsam haben sie entscheidende Fortschritte in der Integration durchgesetzt. Ich erinnere an die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, an den Binnenmarkt, an die Einführung des Euro oder an die Entscheidungen in Richtung einer politischen Union mit dem Vertrag von Amsterdam.

Das waren alles überzeugte Europäer, die sich dadurch auszeichneten, dass sie klare Ziele besaßen und den Mut hatten, Entscheidungen zu treffen. Sie setzten jeweils zeitliche Fristen und waren vor allem Überzeugungstäter in der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, warum kommt es so sehr auf die deutsch-französische Zusammenarbeit an? Helmut Schmidt hat es ja immer wieder unterstrichen, er hat sie selbst gelebt und predigt sie bis heute. Nach aller Erfahrung gibt es in der europäischen Integration nur Fortschritte, wenn Deutschland und Frankreich sich einigen. Das lehrt ganz einfach die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft. Wenn Deutschland und Frankreich sich einigen sind, ist die Erfahrung die, dass sich Italien sofort anschließt und in der Regel auch die Benelux Staaten, seit seinem Beitritt übrigens auch Spanien. Das heißt, Sie haben heute den Konsens zwischen sieben EU-Ländern, gewissermaßen der harte Kern der europäischen Integration. Das könnte auch die Avantgarde sein, auf die Helmut Schmidt hingewiesen hat.

Es gibt noch andere Gründe, warum die deutsch-französische Zusammenarbeit so wichtig ist. Der französische Professor und Politikwissenschaftler Joseph Rovin, der in Dachau im KZ saß, hat sich einmal die Mühe gemacht zu zählen, wie viele große Kriege zwischen Frankreich und Deutschland stattgefunden haben. Seit Karl V. im 16. Jahrhundert haben wir 27 große Kriege miteinander geführt. Ich habe immer gesagt: "that is good enough."

In der Zeit, in der ich im Bundeskanzleramt tätig war, galt die deutsch-französische Zusammenarbeit für mich fast als eine Gesetzmäßigkeit: Wenn wir in der gesamten Union nicht vorankommen, dann versuchen wir es doch zu zweit, Deutschland und Frankreich, vielleicht sogar in einer Zweierunion. Wir haben nie darüber gesprochen, aber in diese Richtung gearbeitet. Mitterand hat einmal in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler Kohl gesagt, "Helmut, wenn Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten sind wir stärker als ..." Er hat den Satz nicht zu Ende geführt. Sie können jetzt darüber nachdenken, wen er damit gemeint hat.

Aber wir haben beispielsweise bilateral einen Verteidigungsrat gegründet. Wir haben eine gemeinsame, integrierte Brigade begründet. Unsere eigenen Militärs haben darüber gelacht. Heute haben wir integrierte, europäische Corps. Ohne diesen kleinen Schritt einer deutsch-französischen Brigade hätten wir kein integriertes Corps. Meine Damen und Herren, ich halte es für eine historische Sensation, dass wir heute integrierte Corps mit den Niederländern haben, wenn Sie an die deutsch-niederländische Geschichte denken. Dass die Polen in ein Corps mit uns Deutschen integriert sind, ist ebenso bemerkenswert. Was stabilisiert den Frieden mehr als eine solche Entwicklung?

Meine Damen und Herren, wir haben bilateral mit Frankreich einen Wirtschafts- und Währungsrat gegründet. Er war gewissermaßen der Nukleus der Wirtschafts- und Währungsunion. Heute stellt sich allerdings die Frage, ob wir derzeit und in den nächsten Jahren, wo wir ganz entscheidende Fortschritte erreichen müssen, vergleichbare Persönlichkeiten haben. Wird es eine deutsch-französische Zusammenarbeit in vergleichbarer Intensität geben wie zwischen Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt oder zwischen Helmut Kohl und Francois Mitterand?

Wenn Außenminister Fischer hier in dieser Aula davon gesprochen hat: "Wir brauchen eine «Avantgarde»" und Chirac im Reichstag geantwortet hat: "Wir brauchen eine «Pioniergruppe»", dann erinnere ich beide Seiten, diese «Avantgarde» waren immer Frankreich und Deutschland. Sie waren immer der Motor der Einigung. Warum braucht man eine Avantgarde, wenn man immer eine hatte? Deutschland und Frankreich waren und bleiben der Motor, darüber sollte man wenig reden sondern danach handeln. Die acht Jahre, die ich europäische Politik mitgestaltet habe, haben mir gezeigt, dass es natürlich bei den anderen europäischen Mitgliedsstaaten immer die Sorge gab, wenn die Deutschen und Franzosen sich verabredet haben, dass sie dominieren und die anderen gewissermaßen zum

Konsens zwingen. Diese Sorge war eigentlich nie berechtigt, weil wir immer alle Mitgliedsstaaten im Auge behielten. Wir haben aber auch umgekehrt die Erfahrung gemacht, wenn der Eindruck entstand, Deutschland und Frankreich stimmen sich nicht ab, sie kommen zu keinem Konsens, dann waren die anderen europäischen Partner erst recht beunruhigt. Sie waren in jedem Fall beunruhigt. Von daher gibt es keine Alternative zur deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, die europäische Integration – und Helmut Schmidt hat auf die Methode von Jean Monnet hingewiesen – erfordert, dass es immer vorangehen muss, pragmatisch, auch wenn es nur kleine, gemeinsame Schritte sind, oft ein Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Zu meiner Zeit mussten der griechische Präsident Papandreu und Margret Thatcher auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, was nicht so leicht war; ebenso wenig wie Helmut Kohl und Maggie Thatcher.

Kompromisse sind unverzichtbar; meine These lautet daher: Entscheidend ist, dass mit Hilfe von Kompromissen der Zug weiter voranfährt. Es ist in der Tat nicht fair, wie es Helmut Schmidt bereits gesagt hat, von faulen Kompromissen zu sprechen, denn ein Kompromiss bedeutet ja in sich, dass man nicht voll zufrieden ist. Aber europäische Politik besteht darin, nach einem Kompromiss den nächsten Schritt vorzubereiten für den nächsten Gipfel. Und wenn man sich nur Millimeter vorwärts bewegt, man bewegt sich doch in die richtige Richtung. Stillstand bedeutet Rückschritt. Viele bezeichnen diesen Prozess mit Muddling-through, manche verkürzen den Prozess und beschränken sich aufs Muddling.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, wo ich etwas anderer Meinung bin als Helmut Schmidt. Wohin bewegt sich denn der Zug, welchem Ziel strebt er zu?

Fischer hat hier am gleichen Ort von der Finalität des europäischen Prozesses und davon gesprochen, dass man darüber diskutieren müsse, wo dieser Zug einmünden soll, in welches Ziel. Er hat das als Privatmann getan. Es ist mir neu, dass ein Außenminister seine Funktion so von seiner Person trennen kann. Ich fand es überraschend, denn wenn er von dieser Politik überzeugt ist, warum macht er sie nicht zu seiner offiziellen Politik? Und wenn der Bundeskanzler sagt, es sei eine gute Rede gewesen, warum macht er den Inhalt dieser Rede nicht zu seiner Politik?

Der französische Außenminister und frühere Partner von mir, Hubert Védrine erklärt: "Das seien in der Tat gute Überlegungen, gute Aussagen von seinem Kollegen Fischer." Ja, warum macht man sie dann nicht zur gemeinsamen deutsch-französischen Politik? Mich erinnert diese Diskussion etwas an eine Aussage eines russischen Freundes, den ich mal fragte, als ich in Moskau ankam, wie es so in Russland gehe? Er sagte: "Horst, wir gehen einen Weg, von dem wir nicht wissen, wohin er führt, aber wir gehen ihn bis ans Ende." Ja, der Weg ist gewissermaßen das Ziel.

Meine Damen und Herren, warum ich die Finalität des europäischen Integrationsprozesses nicht aus dem Auge verlieren möchte, liegt daran, dass wir früher die Finalität in der Politik durchaus festgelegt hatten, zumindest in der CDU/ CSU: Sie hat immer von den Vereinigten Staaten von Europa gesprochen. Das muss nicht die Kopie der U.S.A. sein. Es hat auch nie Widerspruch in der Bevölkerung gegeben. Helmut Kohl hat dieses Ziel eines Tages aus unerfindlichen Gründen aufgegeben. Was ich kritisiere, ist, dass er keine Alternative dazu genannt hat. Man kann natürlich als Alternative sagen, die Europäische Union ist das Ziel, wie auch immer man sie definiert. Das wäre eine Aussage. Diese Aussage gibt es zur Stunde nur von Helmut Schmidt. Delors hat dieser Tage in der deutschen Presse vorgeschlagen, eine

Föderation zu bilden. Diese Diskussion ist also im Gange und man kann sich durchaus Modelle vorstellen – denken Sie mal an die Schweiz, natürlich ist die Schweiz ein kleines Land, aber die Schweiz lebt auch mit drei Sprachen sehr gut.

Warum ich dieses Thema anspreche, liegt an folgendem: Wenn wir das Ziel offen lassen und es der Geschichte überlassen, dann hat das einen Nachteil. Die Bürger erleben gleichzeitig, dass im Rahmen der europäischen Einigung tiefe Eingriffe in die nationale Souveränität erfolgen. Während Helmut Schmidt sagt, "den Nationalstaat darf man nicht aushöhlen", erlebt der Bürger, dass wir im gleichen Augenblick mit dem Euro praktisch die nationale Souveränität über die Geldpolitik aufgeben mit Auswirkungen auf die Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik; dass wir gleichzeitig dabei sind, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzuführen und damit auch auf nationale Souveränität verzichten. Wir haben sie bereits im Außenhandel, auf dem aufgegeben und in Tampere ist ein Gesetzgebungsprogramm zur Schaffung eines europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beschlossen worden. Das alles sind, Schritt für Schritt, substantielle Einschnitte in die nationale Souveränität. Es grenzt an Heuchelei, wenn man nicht offen darüber redet, dass das Einschnitte sind. Wir geben nationale Souveränität auf zugunsten einer supranationalen Institution, die weder hinreichend transparent noch hinreichend demokratisch legitimiert ist. Das kann den Bürger nicht zufrieden stellen. Ich frage mich, ob wir nicht auch ein gewisses Maß an Finalität brauchen als Vision, als ein Ziel, um Bürger zu motivieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, die EU-Erweiterung. Ich halte die Erweiterung für eine historische Chance. Je länger wir sie hinauszögern, desto größer ist die Gefahr, dass wir diese historische Chance gefährden. Wir haben sie zehn Jahre hinausgezögert, obwohl in Westeuropäer die östlichen Nachbarstaaten aufgefordert haben beizutreten. Jetzt spricht man als Beitrittstermin von 2003, 2005 oder später. Das wären dann 15 Jahre. Wenn Sie sich die Umfragen in Estland, Polen oder Ungarn ansehen, so bemerken Sie, wie die Zustimmung zur europäischen Mitgliedschaft in der Bevölkerung schwindet. Das Vertrauen in die Westeuropäer schwindet. Ich halte das für sehr bedauerlich. So wichtig es ist, was Helmut Schmidt sagt, dass die EU durch Strukturreformen erweiterungsfähig werden muss, so besteht jedoch die Gefahr, dass mancher die Strukturreformen hinauszögert, um die Erweiterung zu verschleppen. Das wäre aus meiner Sicht ein großer historischer Fehler.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es Schwierigkeiten z.B. beim Agrarmarkt und in der Frage der Freizügigkeit. Aber die Erfahrung zeigt schon jetzt bei den laufenden Verhandlungen, dass auch die Beitrittskandidaten realistischer werden. Im Falle von Polen hieß es immer, 30 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, im Laufe der Verhandlungen sind die Polen selbst auf sieben Prozent zurückgegangen. Warum? Weil sie gemerkt haben, dass es nicht möglich sein wird, dass jeder Pole, der eine Kuh oder ein Schwein zu Hause hat, Mittel von der EU bekommen kann. Also hat der Realitätssinn zugenommen. Die Erfahrung zeigte auch beim Beitritt Portugals und Spaniens, dass wir nicht von Portugiesen und Spaniern überflutet worden sind. Sie sind im Gegenteil zuhause geblieben, es sind weniger gekommen, weil sie nach dem EG-Beitritt plötzlich eine neue Perspektive auch zu Hause sahen.

Im übrigen gab es Übergangsregelungen. Man kann z.B. im Bereich der Freizügigkeit, der Agrarpolitik, Übergangsregelungen von 5 - 15 Jahren treffen. Die Erfahrung in Spanien und Portugal zeigt, dass nach dem Beitritt diese Übergangsfristen verkürzt werden konnten, weil das Beitrittsland sich schneller angepasst hat.

Meine Damen und Herren, wir Deutschen würden von der Osterweiterung vor allem profitieren, auch im Export. Allein beim Beitritt Spaniens haben wir erlebt, dass innerhalb eines Jahres die deutschen Exporte sich verdoppelt haben. Wenn Sie sich heute die Zahlen mit Polen ansehen und mit anderen östlichen Nachbarn, dann zeigen sie, dass die deutsche Wirtschaft am meisten profitiert. Im übrigen meine Damen und Herren, wir haben damals Spanien und Portugal nicht aus ökonomischen Gründen in die damalige EG geholt. Ziel war, durch die Mitgliedschaft dieser Staaten, die politische Demokratie zu stabilisieren. Beide Länder waren auf dem Weg von einer Diktatur zur Demokratie. Entscheidend war, durch die Mitgliedschaft diesen Prozess zu stabilisieren. Von der vergleichbaren Entscheidung stehen wir heute bei unseren östlichen Nachbarn. Wir müssen den Reformprozess durch die Mitgliedschaft stabilisieren, das ökonomische Argument kommt aus meiner Sicht erst an zweiter Stelle.

Lassen Sie mich abschließend sagen. Wir dürfen Europa nicht auf die EU und die Erweiterung reduzieren. Helmut Schmidt sagt natürlich zu Recht, wohin wollen wir noch erweitern? Wollen wir eines Tages die Ukraine, Weißrussland oder Russland in die EU holen? Wenn wir das nicht wollen und es auf 2200 vertagen, dann müssen wir aber heute diesen östlichen Nachbarn auch eine Perspektive aufzeigen.

Gorbatschow hat auf dem KSZE-Gipfel im November 1990 nach der Wiedervereinigung und nach Ende des Ost-West Konfliktes gesagt: "Wir haben jetzt die Aufgabe, von der Diktatur zur Demokratie zu gehen und von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft."

Meine Damen und Herren, das ist eine Perspektive, die dieser Kontinent vom Atlantik bis zum Pazifik in seiner Geschichte noch nie hatte. Eine Perspektive, die Realität werden könnte. Übrigens ist der Demokratisierungsprozess in Russland viel weiter gegangen als in China. Wir übersehen diese politische Entwicklung, weil wir die ökonomischen Schwierigkeiten immer in den Vordergrund stellen. Aber wenn dieser Kontinent in diese Richtung ginge, Demokratie und Marktwirtschaft zu verwirklichen, was könnte den Frieden und die Sicherheit unseres Kontinents mehr stabilisieren? Deshalb muss man weiterarbeiten an der Integration der EU, an der Erweiterung der EU und an einer gesamten europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.

Vielen Dank.